Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile Goldmark 0.30, für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland Goldmark 0.50. Reklamezeile, 61 mm breit, Goldmark 1.00, für auswärts Goldmark 1.25. – Briefgebühr für Buchstabenanzeigen Goldmark 0.05. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann keine Gewähr übernommen werden.

Bezugspreise: für die 48. Woche (24. bis 30. 11.) bei freier Zustellung d. Boten. **1 Billion Mark**. Postbezug u. Ausland in der Zeitungsliste freibleibend. [illegible] monatlich Kr. 15. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 1050 Milliarden M., nach dem Auslande 1100 Milliarden M. **Einzelnummer M 200 Milliarden.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des [illegible]

Nr. 272 — Sonnabend, 24. November 1923 — XXXI. Jahrg.

Die kommunistische, die deutschvölkische und die nationalsozialistische Partei in ganz Deutschland verboten

Wortlaut der Verordnungen

General v. Seeckt hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt soeben die folgenden

Verordnungen

erlassen:

I.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923 werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst und verboten:

Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei

und

der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

Begründung:

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat es unternommen, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam zu verleiten und die Regierung des Deutschen Reiches durch bewaffneten Aufstand zu stürzen.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei vertritt dieselben Ziele wie die N. S. A. P. Ihr Führer, v. Graefe, hat an dem Umsturzversuch teilgenommen, ihn öffentlich ausdrücklich gebilligt und dabei die Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam aufgefordert.

II.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 werden für das ganze Reichsgebiet aufgelöst und verboten:

Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Jugend

und

der Kommunistischen (3.) Internationale.

Begründung:

Die Kommunistische Partei hat durch ihren bewaffneten Aufstand in Hamburg, durch die Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Rundschreiben der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politischen Generalstreik und bewaffneten Aufstand die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reiches umzustürzen. Die Kommunistische Jugend hat sich an diesen Bestrebungen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Kundgebungen beteiligt. Die 3. Internationale, der die K. P. D. und K. J. angehören, hat diese Bestrebungen begünstigt und für sie durch Schriften geworben.

In beiden Fällen, also für alle verbotenen Organisationen, wird weiterhin verordnet:

Das gesamte Vermögen der in § 1 aufgelösten und verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt.

Ebenso unterliegen alle Gegenstände, die zur Förderung der Ziele und Zwecke der aufgelösten und verbotenen Vereinigungen bestimmt sind, der Beschlagnahme und zwar ohne Unterschied, ob sie der Vereinigung gehören oder nicht.

Wer sich an einer in § 1 genannten verbotenen Vereinigung als Mitglied beteiligt, oder ihr durch Zahlung von Geld, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Ueberlassung von Räumen, Herstellung oder Verbreitung von Schrifterzeugnissen oder durch andre Mittel Vorschub leistet, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

Das Tragen oder Zurschaustellen der Fahnen oder sonstigen Abzeichen der verbotenen und aufgelösten Vereinigungen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. September 1923 bestraft.

gez.: v. Seeckt.

Was kommt danach?

Dr. Stresemann hat gestern in einer beinahe dreistündigen Rede um sein Kabinett gekämpft. Noch war der, wie stets, wenn Stresemann spricht, überaus starke Beifall nicht verklungen, so folgte schon das deutschnationale Mißtrauensvotum, und nach Schluß des Reichstages ging auch ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum ein, das hauptsächlich mit dem militärischen Ausnahmezustand und seiner Durchführung in Sachsen und Thüringen begründet wurde. Die Aussichten für einen weiteren Bestand des Kabinetts Stresemann haben sich also nicht unwesentlich verschlechtert.

Was dann eigentlich kommen soll, wenn den Krisenmachern auf der Linken und Rechten ihr unheilvolles Werk gelungen ist, weiß allerdings unter ihnen selbst wohl keiner so genau zu sagen. Alle möglichen Kombinationen schwirren wie immer in aufgeregten Krisenzeiten umher. Aber eine klare und sichere Antwort auf die große Frage, die man als Motto über die ganze gestrige Rede Dr. Stresemanns schreiben könnte, hat wohl noch niemand: Was soll werden, wenn die Männer, die einstweilen noch in der „Drecklinie" ausharren, gehen? Dr. Stresemann stellte diese Frage als ein Mann, der die ganze Unsumme innerer und äußerer Schwierigkeiten übersieht und der gleichzeitig auch ehrlich genug ist, von sich zu bekennen, daß er den Weg ins Freie vorläufig noch nicht zu schauen vermag, den die Kreise auf der äußersten Rechten nach ihren Versicherungen mit der größten Leichtigkeit gefunden haben.

Dr. Stresemann wandte sich gestern vor allen Dingen an sie, als er sagte: „Wenn Sie den Mann wissen, der den Weg zur Erlösung Deutschlands findet, dann ist es nicht nur Ihr Recht, sondern Ihre Pflicht, diesen Mann an die Stelle meines Kabinetts zu setzen." Bisher haben wir einen solchen Mann auf der äußersten Rechten noch nicht zu erblicken vermocht. Noch keinen jedenfalls, der auch nur im entferntesten sich Dr. Stresemann an die Seite stellen könnte, mit Ausnahme von einigen Wirtschaftlern, von denen doch letzten Endes das gilt, was Dr. Stresemann gestern von jenen Interessentenvertretern sagte, die da meinen, Politik von der Basis ihrer Fachgruppe aus treiben zu können. Abgesehen also von einigen wirtschaftlichen Kapazitäten, die politisch noch unerprobt sind, hörte man bisher nur Namen minderen Ranges. Es gilt aber auch für Deutschland das kräftige Wort, mit dem Lloyd George am vergangenen Montag die englische Wahlkampagne mit seiner glänzenden Rede in Northampton einleitete: „Man kann nicht ein großes Schiff durch unbekannte Meere voll von versteckten Klippen und Riffen in stürmischem Wetter mit einer zusammengekrachten Mannschaft von Seeleuten dritten Ranges steuern."

Zusammengekrachte Seeleute dritten Ranges, soll das der Ersatz für Dr. Stresemann sein, der doch, was man im einzelnen auch an ihm auszusetzen haben mag, längst bewiesen hat, daß er das politische Kapitänspatent besitzt? Es handelt sich gar nicht darum, ob die Regierung bei jedem Schritt im Innern wie nach außen recht gehabt hat. Sie hat es schon deshalb nicht immer haben können, weil sie im Grunde in keinem Augenblick ihres Daseins frei und Herrin ihrer Entschlüsse gewesen ist. Allzeit war sie gebunden. Außenpolitisch durch die Gewaltherrschaft, die Frankreich an Rhein und Ruhr aufgerichtet hat und an der Herr Poincaré, die eigenen Gelübde brechend, auch noch festhält, da, nach Einstellung des passiven Widerstands, von Rechts wegen beide Regierungen sich an den Tisch hätten setzen sollen, um das gestörte Getriebe im Okkupationsgebiet wieder in Gang zu bringen. Innenpolitisch durch den unausrottbaren deutschen Hang zur Selbstzerfleischung, durch diese ganze entsetzliche Litanei von Krisen, Putsch, Abtrennungsbestrebungen und wieder Krisen, in die das Zusammenleben der Reichsgenossen nachgerade sich auflöst.

Ideale Regelungen konnte es unter solchen Umständen überhaupt nicht geben. Immer von neuem werden sich Einwände, Bedenken, Besorgnisse melden, unendlich ernsthafter, als sie am letzten Dienstag der deutschnationale wie der sozialdemokratische Kritiker vortrugen. Dennoch bleibt es richtig: Durfte, nach den Erfahrungen mit dem Fluchvertrag von Versailles, die Regierung ihre Unterschrift leihen zu einem Pakt, der die Kosten für das Ruhrunternehmen, es so nachträglich rechtfertigend, dem deutschen Volk auflud? Hätte sie, indem sie vielleicht noch recht zweifelhafte Gegenwartsvorteile einhandelte, so nicht vielmehr die Zukunft verraten? Nein, das durfte und konnte sie nicht. Sie durfte aber auch nicht allzu früh und ohne alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft zu haben, die Beziehungen nach Westen ganz abbrechen. Weder das Rezept der Linken, das unbedingte Unterwerfung, noch das der Rechten, das unbedingten Widerstand verlangt, konnten zum guten Ende führen.

Aus allen diesen Gründen können wir nur mit äußersten Bedenken die Politik derjenigen betrachten, die konsequent auf einen Sturz des Kanzlers hinarbeiten. Wir fürchten, die Folge dieses Sturzes wäre ein neues Vakuum, eine neue Zeit der Führerlosigkeit. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß es die einzige für Deutschland im gegenwärtigen Augenblick erträgliche Lösung darstellt, wenn der Kanzler im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten diesen Reichstag, der alles Vertrauen im Volke verloren hat, nach Hause schickt und vorläufig auf seine nur hemmende Mitwirkung verzichtet.

Die Verteidigung des Kanzlers

Ein Ueberblick über die Innen- und Außenpolitik des Kabinetts — Deutschnationales und sozialdemokratisches Mißtrauensvotum — Das Kabinett sehr gefährdet

Deutscher Reichstag

392. Sitzung

VDZ. **Berlin**, 22. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichstag ist heute durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert. Mehrere Portale sind geschlossen und an den offenen wird strenge Kartenkontrolle geübt. Der in der letzten Sitzung ausgeschlossene kommunistische Abg. Remmele versuchte mehrfach, das Gebäude zu betreten, er fügte sich aber, als ihm der Eintritt verweigert wurde.

Um ½2 Uhr nachmittags eröffnet Präsident Löbe die Sitzung mit der Mitteilung, daß Abg. Remmele für die Dauer von 20 Sitzungstagen, auch von den Ausschußsitzungen, ausgeschlossen ist. Der Präsident teilt weiter mit, daß er von den schärfsten Bestimmungen der Geschäftsordnung Gebrauch machen werde gegen solche Abgeordnete, die durch Schreien, fortgesetzte Unterbrechungen oder Gewalttätigkeiten die Amtshandlung des Präsidenten stören oder die Redner hindern, sich verständlich zu machen. (Rufe bei den Kommunisten: Leinert ist übertroffen!!)

Als Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort erhält, rufen die Kommunisten: „Der Reichszertrümmerer, der Kanzler der Separatisten!"

Reichskanzler Dr. Stresemann

Der Abgeordnete Wels hat an die Spitze seiner Ausführungen

die verderbliche Politik Poincarés

gestellt, und zwar mit Recht. Schlimmeres und Unerträglicheres hat wohl keine Politik je mit sich gebracht als die Politik, deren Träger der französische Ministerpräsident ist. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich die Aufmerksamkeit der deutschen Reichsregierung auf die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland gelenkt. Er hat der Besorgnis Ausdruck gegeben über die radikalen Tendenzen, die sich in Deutschland ausbreiteten. Es wäre töricht, irgendwie leugnen zu wollen, daß die Entwicklung in Deutschland den Extremen zustrebt. Aber die Ursachen dieser Entwicklung liegen auch vollkommen klar. Wenn der französische Ministerpräsident und die französische Politik aufrichtig den Wunsch hätten, eine Stabilität der deutschen Verhältnisse auf der Basis konstitutioneller Demokratie zu sichern, so würde es in ihrer Hand liegen, der Entwicklung zum Extremen und zum Radikalismus in Deutschland den Boden zu entziehen. Welches ist schließlich die Grundlage dieser Erscheinungen?

Das Elend der Verhältnisse treibt die Menschen zum Extremen

Bisher ist jede deutsche Regierung gescheitert an dieser Politik Frankreichs. Ich habe mich einmal, als ich als Abgeordneter an dieser Stelle stand und ein neuer Mann — es war Dr. Rathenau — das Außenministerium übernahm, über die Stellung eines Volksministers und Leiters der auswärtigen Politik gegenüber dem Empfinden des deutschen Volkes geäußert. Ich habe damals zum Ausdruck gebracht und nehme es für mich in Anspruch, solange ich an dieser Stelle stehe, daß meiner Auffassung nach eine ganz starke Diskrepanz bestehen wird zwischen dem Leiter der Politik, der lediglich der Leiter eines ohnmächtigen Deutschlands ist und der sich dieser Politik Frankreichs gegenübersieht, auf der einen Seite und dem mit Recht hochgespannten Nationalgefühl eines Volkes mit dieser Vergangenheit und diesen Leistungen auf der andern Seite. Wenn man in Frankreich etwa das Empfinden hat, daß das konstitutionelle Leben in Deutschland in der Auflösung begriffen sein könnte und daß Deutschland sich dem Radikalismus in die Arme werfe, so liegen die Grundlagen dieser Entwicklung in der Politik, die von außen gegen uns getrieben worden ist, auf deren Wegstrecke die einzelnen Etappen der wirtschaftlichen und sozialen Verwüstung Deutschlands gelegen sind. (Lärmende Zurufe bei den Kommunisten.)

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Höllein! Ich bitte, den Reichskanzler nicht fortgesetzt zu unterbrechen, ich müßte Sie sonst zur Ordnung rufen. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Der Abgeordnete Hergt hat in seiner Kritik der auswärtigen Politik ... (Erneute lärmende Unterbrechung durch die Kommunisten).

Ja, das Parlament hat es wirklich herrlich weit gebracht durch die Art, wie Sie (zu den Kommunisten) es diskreditieren

(Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit. Händeklatschen auf den Tribünen.) Gerade wer davon spricht, daß er die konstitutionellen Rechte wahren will, muß auch dafür sorgen, daß an der Spitze der Konstitution die Achtung des Parlaments vor sich selbst steht. Der Abgeordnete Hergt hat in seiner Kritik gesagt, die auswärtige Politik der Regierung sei ein einziger Mißerfolg gewesen. Aber er hat seine Kritik nach zwei Rezepten eingeteilt.

Die innere Lage — ich gebe ihm darin vollkommen recht — ist hoffnungslos

Ich bemerke mit aller Offenheit, ich sehe auch keine Wege, vorläufig diese trostlose Lage zu bessern. Wenn aber auch die innerpolitische und wirtschaftliche Lage trostlos ist, so ist es mindestens inkonsequent, wenn die Deutschnationalen auf der einen Seite aus der innerpolitischen Lage die Konsequenz ziehen, der Regierung das Mißtrauen zu bekunden, auf der andern Seite aber, wo sie erklären, die diplomatische Lage habe sich gebessert, hinzufügen: Daran hat die Regierung keinen Anteil. In beiden Fällen muß die sachliche Prüfung einsetzen. Man kann mit vollem Recht die Frage stellen: Warum habt ihr mit Frankreich zu verhandeln gesucht? Waret ihr euch nicht der Aussichtslosigkeit der Verhandlungen von vornherein bewußt? Auch wenn man sich der Aussichtslosigkeit dieser Verhandlungen bewußt gewesen ist, hätte man den Versuch zum Verhandeln machen müssen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Rhein und Ruhr sind viel zu bedeutsam, als daß man nicht das Letzte an Verhandlungsmöglichkeiten hätte erschöpfen müssen. (Erneute Zustimmung.) Dabei bin ich durchaus nicht von einem grundlosen Optimismus getragen gewesen. Wir hatten zunächst alle andern Möglichkeiten erschöpft, um die Aufgabe des Widerstandes zu vermeiden. Wir haben unsererseits ganz bestimmte Vorschläge für die Heranziehung der Industrie des besetzten Gebietes gemacht. Diese Verhandlungen und unser Appell sind vergeblich gewesen, und zwar aus dem Grunde, weil man bei den Gegnern der Meinung war, daß die ideellen und materiellen Kräfte in diesem Stadium zu erschöpft waren.

Vielleicht wäre eine andre Ausnutzung dieser großen blühenden Begeisterung möglich gewesen

solange wir auf der Höhe der ideellen und materiellen Leistungsfähigkeit in diesem passiven Widerstande waren. Dieser Zeitpunkt ist versäumt worden. Die Verhandlungen der Regierung haben sich nicht beschränkt und nicht lediglich bezogen auf die Frage: Aufgabe des passiven Widerstandes oder nicht? Sie haben versucht, das Reparationsproblem zu lösen auf der Grundlage weitgehender deutscher Sachleistungen. Wir boten eine unmittelbare Haftung dieser Sachgüter für die daraus zu erzielenden Leistungen an. Vielleicht ist dieser Versuch jetzt noch einmal mit Aussicht zu unternehmen. Wir begrüßen den erneuten Versuch, in einer erneuten Sachverständigenkonferenz das Reparationsproblem endgültig zu lösen.

Deutschland ist die offene Wunde am Körper Europas

So wie Deutschland in Gefahr steht, an der Wunde an Rhein und Ruhr zu verbluten, so wird Europa verbluten, wenn das Reparationsproblem nicht gelöst wird. Der Abgeordnete Wels hat von dem Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa gesprochen. Dieser Gedanke ist zu eng gefaßt. Europa ist auch nicht ein Begriff für sich, der für sich leben könnte, es ist nur möglich innerhalb der Welt und der Weltwirtschaft. Wenn in Europa vom Rhein bis zum Ural nur kaufarme Völker leben, so muß das auf die gesamte Weltwirtschaft seine Rückwirkung ausüben. Die Erhöhung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung ist nicht nur eine deutsche Sorge, sondern eine Sorge der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen in der Weltwirtschaft. Diese Aufrechterhaltung ist nur möglich, wenn Deutschland innerhalb der Welt zu atmen und zu leben vermag. Der Versuch der Regierung, zu einer stabilen Währung zu gelangen, ist ja auch gleichzeitig der beste Beweis dafür, daß

Deutschland nicht der Träger eines Dumpingsystems

ist, das andre Länder niederzukonkurrieren versucht. Wir müssen versuchen, aus eigener Kraft zu stabilen Währungsverhältnissen zu gelangen. Vor meinen Parteifreunden habe ich darauf hingewiesen, daß sich jetzt infolge der trostlosen Verhältnisse, die sich nunmehr der ganzen Welt aufdrängen, alle Völker vor die Notwendigkeit gestellt sehen, die Dinge nicht mehr so weitergehen zu lassen. In diesem Sinne habe ich davon gesprochen, daß wir zu einer neuen politischen Konstellation gekommen sind, nicht hauptsächlich durch die Politik der deutschen Reichsregierung, aber durch die Erkenntnisse, wie sie sich entwickelt haben und auch wohl dadurch, daß die deutsche Politik jeder Illusionsschwärmerei entgegengetreten ist. Ich halte es für ein Verdienst, daß man das deutsche Volk und die Welt nicht über den Grad des Elends, wie es in Deutschland besteht, getäuscht hat. Wir haben aus diesem Grunde uns an

die charitative Hilfe der Welt

wenden müssen. Diese charitativen Leistungen andrer Völker können das Elend der deutschen Gegenwart nicht lösen. Aber trotzdem möchte ich allen herzlichen Dank sagen, die der deutschen Not sich angenommen haben.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß ausländische Hilfe allein die Lösung nicht bringen kann. Wir sind im wesentlichen auf die eigene Kraft unseres Landes selbst angewiesen. Nun darf ich mich den Vorwürfen zuwenden, die davon sprachen, als hätte die deutsche Regierung nicht das Recht, auslän-